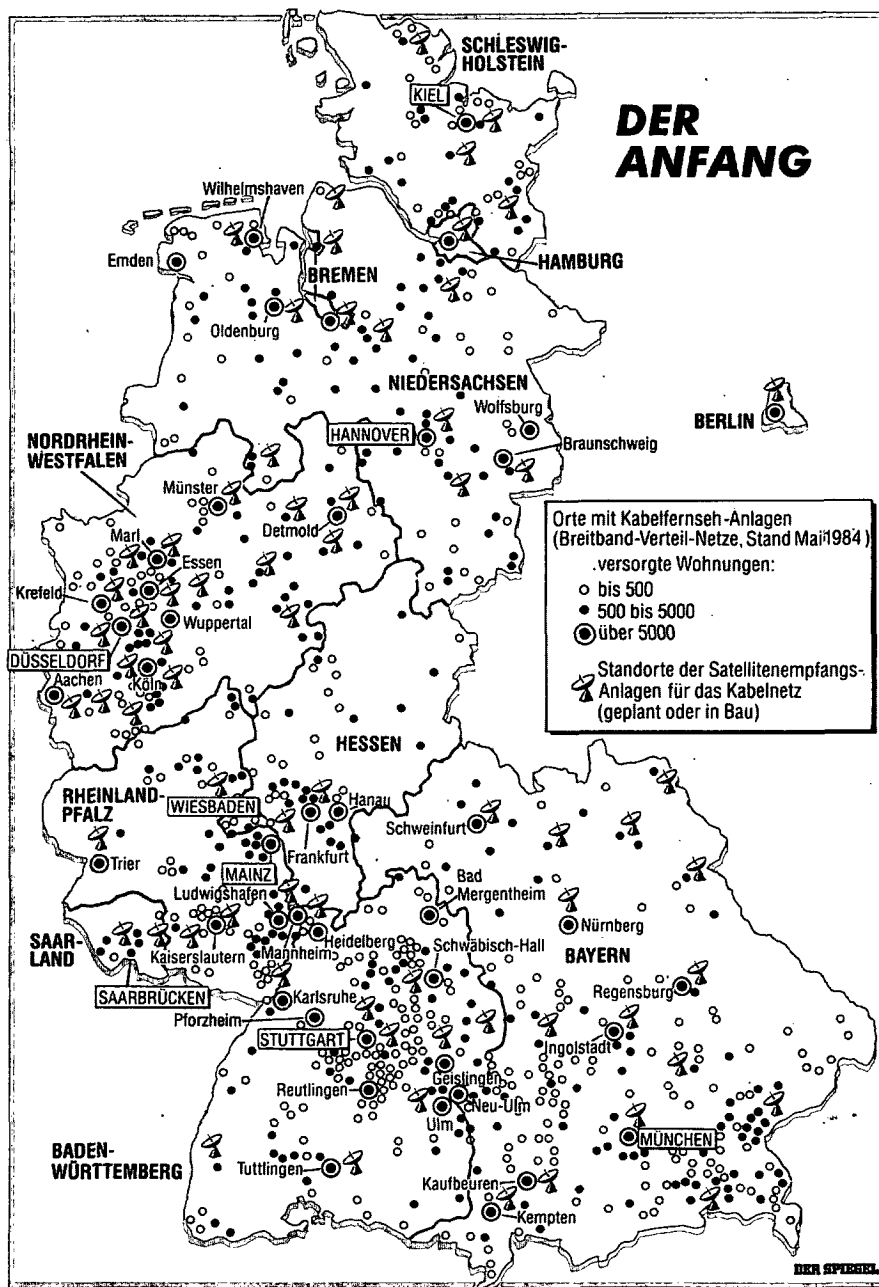




Zwei Millionen Kabelanschlüsse

für den Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen hat die Bundespost in den letzten Jahren gebaut. Nur etwa jeder dritte Anschluß wird derzeit genutzt. Die Netzdichte ist sehr unterschiedlich, in den meisten Orten sind weniger als 500 Wohnungen verkabelt. Je nach Wohnlage verlangt die Post 20 bis 400 Mark Anschlußgebühren. Hinzu kommen laufende Kosten von monatlich 16,50 Mark, zusätzlich zu den üblichen Rundfunkgebühren. Dies ist jedoch erst der Anfang: Bei wachsendem Programmangebot steigen die Preise – nach oben unbegrenzt.

Größere Nachfrage verspricht sich die Post durch eine Übertragung der

ritten Programme. Die einzelnen Inselnetze (siehe Graphik) werden durch Richtfunkanlagen miteinander verbunden. Von 1985 an können beispielsweise die Programme der Nordkette in Süddeutschland empfangen werden, die Sendungen von Bayern III im Norden. Zudem plant die Post den Bau von 70 Satelliten-Empfangsstationen. Dann ist es möglich, nationale wie internationale Satellitenprogramme per Kabel zu übertragen.

Derzeit wird nur ein deutsches TV-Programm, Bestandteil des Kabelprojekts Ludwigshafen, über den Europasatelliten ECS 1 verbreitet und auch in das Kabelnetz eingespeist. Im Sommer nächsten Jahres folgen Pilotversuche in Berlin und Dortmund mit ähnlichem Programmangebot wie in Ludwigshafen (22 Kanäle).

Gebühr zahlen, sonst gehen alle Postkalkulationen nicht auf.

Diese Anschlußdichte, die laut Gutachten des Rechnungshofs „von ausschlaggebender Bedeutung“ für die Amortisation ist, beruht auf reinem Wunschdenken des Ministers. Optimistisch beruft er sich auf einige kleinere, bereits stark oder voll verkabelte Staaten wie Holland und Belgien (Anschlußdichte: 87 Prozent).

Doch die dortigen Voraussetzungen unterscheiden sich grundlegend von der westdeutschen Mediensituation. Zum einen minimieren die großteils privaten Kabelgesellschaften in den Kleinstaaten die Anschlußkosten, indem sie Programme aus Deutschland, Frankreich und England einfach ohne Abgeltung von Urheber- und sonstigen Gebühren einspeisen (Stichwort „Medienklau“). Zum anderen sind die angestammten Landesprogramme dort weniger attraktiv als ARD und ZDF, so daß die Zuschauer fast geschlossen zum Billigkabel desertierten. Im großen und ganzen aber hat die Verkabelung in Westeuropa, wie der Bundesrechnungshof ermittelte, nur „begrenzte Bedeutung“.

In den USA erfaßte die großflächige Verkabelung bis heute immerhin gut 40 Prozent aller Haushalte. Doch die Anschlußkurve nähert sich der Sättigungsgrenze; mehr als durchschnittlich die Hälfte der Haushalte sind trotz aller Marketing-Strategien der großen Cable-TV-Gesellschaften nicht an die Anschlußbox zu holen. Für Schwarz-Schillings Amortisationspläne wäre das bei weitem nicht genug.

Während daher in England und Frankreich politische Starthilfen für einen Kabelausbau nur behutsam gegeben wurden, etwa durch Begrenzung auf bestimmte Ballungsgebiete, ging des Ministers deutsche Strategie aufs Ganze: Kabel global, Fernsehen total. Im nachhinein hat ihn der Bundesrechnungshof dafür, „in Umgangssprache übersetzt“, so die „Süddeutsche Zeitung“, „schlicht zum Abenteuer erklärt“.

Im Namen der Post habe der Minister, so wiesen ihm die Frankfurter Prüfer nach, erhebliche betriebswirtschaftliche Risiken ohne ausreichende Marktanalysen für fundierte Unternehmensentscheidungen in Kauf genommen und sich dabei um Milliardenbeträge verkalkuliert. Noch im letzten Jahr gab Schwarz-Schilling die reinen Postinvestitionskosten fürs Kabel mit 13,5 Milliarden Mark an, die Rechnungsprüfer ermittelten jedoch weit über 21 Milliarden. Differenz: 7,8 Milliarden Mark.

Der Minister schob die massive Rüge beiseite und lamentierte, er sei wieder mal falsch verstanden worden. In Wahrheit habe er schon immer von Kosten zwischen 20 und 30 Milliarden Mark gesprochen. Gemeint hatte er damit aber immer die Gesamtkosten des Kabelfernsehens einschließlich TV-Satelli-